

## **Gedenken am Michelsberg**

Wiesbaden erinnert an mehr als 1500 ermordete Juden

ht. WIESBADEN. Mit einem Namensband in einer 62 Meter langen und sieben Meter hohen Mauer will die Stadt Wiesbaden an 1507 jüdische Mitbürger erinnern, die zwischen 1933 und 1945 durch Nationalsozialisten ermordet wurden. Errichtet wird die Gedenkstätte am Michelsberg, dem Standort einer Synagoge, die in der Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 mehrfach angezündet wurde, bis sie schließlich bis auf die Grundmauern abbrannte.

In den fünfziger Jahren verlegten die Stadtplaner die Straße am Michelsberg gedankenlos über den Grundriss des früheren jüdischen Gotteshauses. Nach dem Bau einer Hochbrücke über die Schwalbacher Straße drohte es zunächst in Vergessenheit zu geraten. Zur Mitte der neunziger Jahre aber wurde der Grundriss der Synagoge mit einer künstlerischen Installation auf den Straßenbelag aufgebracht. Oberbürgermeister Helmut Müller (CDU) betrachtet diese Aktion heute als Auslöser einer Debatte, die schließlich zu dem Konzept des namentlichen Gedenkens geführt habe.

Gemeinsam mit Jacob Gutmark vom Vorstand der jüdischen Gemeinde und dem Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel (CDU) legte Müller am Wochenende den Grundstein für die Stätte; Sie soll spätestens im Januar des nächsten Jahres fertig sein.

Wenn die Arbeiten rasch vonstatten gehen, könnte die Mauer aber schon zum Jahrestag der Pogromnacht im November ihrer Bestimmung übergeben werden. Das Namensband wird nach dem Einbruch der Dunkelheit beleuchtet. Es enthält Leerstellen für die Opfer, die künftig noch identifiziert werden.

Nickel unterstrich, dass das Bauwerk untrennbar mit dem Namen seiner Vorgängerin, der im Herbst gestorbenen Stadtverordnetenvorsteherin Angelika Thiels (CDU), verbunden sei. Es sei ihr Verdienst, dass es in großer, überparteilicher Übereinstimmung verwirklicht werde.

Die Stadt setze damit ein unverwechselbares Zeichen. Die Opfer würden aus der Anonymität ans Licht geholt und bekämen im öffentlichen Raum ihre Identität. "Jeder soll wissen und spüren: Die, die hier genannt sind, das waren unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger", sagte Nickel. "Die Stadtgesellschaft braucht zu ihrer Selbstachtung gerade auch den ehrlichen Umgang mit ihrer eigenen Vergangenheit."

Er wies darauf hin, dass die Wunde, die dem Stadtbild mit der Zerstörung der Synagoge zugefügt worden sei, mit der Gedenkmauer nicht geschlossen werde. Denn die Synagoge werde nicht neu gebaut. Stattdessen werde nur ihr Grundriss auf dem Boden des Mahnmals und auf der davor verlaufenden Fahrbahn angedeutet. Die Stadt verfolge aber auch nicht das Ziel, zu heilen, was nicht zu heilen sei. Sie übernehme Verantwortung.